



as Seeferienheim des Evangelischen Kirchenkreises auf Juist soll möglicherweise deutlich verkleinert werden.

RN-FOTO (A) SCHÜTZ

## Entscheidung über neuen Kurs

Der Entscheidungsprozess zur Zukunft des Evangelischen Seeferienheims auf der Insel Juist geht auf die Zielgerade. Die Unterstützer des Feriendorfes hoffen darauf, Gehör zu finden.



**Vertreter des Unterstützerkreises für das Seeferienheim Juist übergaben Listen mit 2144 Unterschriften an die stellv. Superintendentin Andrea Auras-Reiffen (r.).**

RN-FOTO VOLMERICH

lage für eine irgendwann anstehende Sanierung mehr gebildet.

Immerhin machte man sich unter anderem mit einer 2011 gebildeten Projektgruppe immer wieder Gedanken über das Seeferienheim, vergab gleich mehrere Gutachten. Eines der Ergebnisse: Ange- sichts des über viele Jahre entstandenen Sanierungs- staus und der nötigen Investi- tionen sei ein wirtschaftlicher Betrieb des Hauses nicht zu erwarten. Das hätten auch Gespräche mit Betreibern anderer „evangelischer Häuser“ an der Nordsee gezeigt. Die Fans des Seeferienheims ha- ben allerdings Zweifel, ob wirkliche alle Optionen für einen weitestgehenden Erhalt

des bisherigen Angebots aus- reichend geprüft wurden und fordern mehr Zeit für eine Entscheidungsfindung.

### Zeitplan steht

Der Zeitplan der Kirchenlei- tung ist indes eng getaktet. Inzwischen laufen die Beratungen in den Presbyterien der Gemeinden und diversen Fachausschüssen des Kirchen- kreises. Ende Oktober soll der Finanzausschuss eine Empfehlung abgeben, über die dann Anfang November auf einer Synodalversammlung diskutiert wird. Einen Tag später will der Kreissynodal- vorstand dann einen Be- schlussvorschlag an die Synode, die am 26. November tagt, auf den Weg bringen.

Die Forderung des Unter- stützerkreises für das Seeferi- enheim ist, dass die Mitglie- der der Synode im Vorfeld auch über ihre Position und Argumente informiert werden – und dass ein eigener Antrag für den Erhalt des See- ferienheims rechtzeitig auf den Weg gebracht werden kann. Es ist nun Sache des Kreissynodalvorstands, den Weg dafür frei zu machen.

„Auf der Synode wird es auf jeden Fall ausreichend Zeit für die Beratung geben“, ver- sprach Andrea Auras-Reiffen den Vertretern des Unter- stützerkreises. Welches Gewicht dabei die mehr als 2000 ge- sammelten Unterschriften am Ende haben, bleibt abzuwa- ten.

Von Oliver Volmerich

**S**ie geben nicht auf: 2144 Unterschriften für die Rettung des Seeferienheims auf Juist übergaben Vertreter einer Initiative Ende vergange- ner Woche an die stellvertre- tende Superintendentin des Evangelischen Kirchenkreises Andrea Auras-Reiffen – ver- zierte mit einem selbstgeba- telten Modell der Insel Juist mit vier Häusern. Dieses En- semble zu erhalten, ist das Ziel der Initiative, zu der vor allem Stammgäste und ehren- amtliche Helfer der kirchli- chen Freizeiten auf der Nord- see-Insel gehören. Seit Juli hatte die Initiative eifrig Unter- stützer-Unterschriften ge- sammelt und vor allem mit ih- rer Online-Petition im Inter- net viel Zuspruch bekommen. „Wie wohl tausende andere Menschen verbinde ich mit dem Seeferienheim auf Juist schönste Kindheitserinnerun- gen“, schreibt ein Unterstü- ter. Gerade Kirche müsse und sollte in diesen Zeiten Oasen erhalten, „die Menschen eine Auszeit zur Besinnung, ein Wieder-zu-sich-Kommen ermöglicht.“ Andere erinnern an den christlich-sozialen Auftrag der Kirche.

Das Problem: Die vier Häu- ser, die das Seeferienheim bil- den, sind in die Jahre gekom- men, entsprechen in vielen Punkten nicht mehr moder- nen Standards. Das „Dellert- haus“, Keimzelle des 1929 entstandenen Seeferien- heims, bietet Betten für 138 Kinder und Jugendliche in Vier- bis Acht-Bett-Zimmern. Dazu kommen das „Dünen- haus“ mit 39 Betten in Einzel- und Doppelzimmern, die für Familien- und Seniorenfreizeiten genutzt werden, ein Wirtschaftsgebäude mit Kü- che und Speisesälen und das „Watthaus“, das als Wohn- haus für das Personal des See-

ferienheims genutzt wird.

Der Sanierungsbedarf sei hoch, die Nutzung des Ferien- heims durch Gruppen aus den Gemeinden des Kirchenkreises seit Jahren stark rückläufig, erklären die stellvertre- tenden Superintendenten Andrea Auras-Reiffen und Michael Stach in einem Schrei- ben an die Mitglieder der Synode. „Teile des Seeferienheims, besonders das Dellert- haus, das Wirtschafts- und das Personalgebäude lassen sich im derzeitigen Zustand nicht mehr weiterführen.“

### „Kleine Lösung“

Die Synode des Kirchenkreises als „Kirchenparlament“ mit Vertretern aus allen evan- gelischen Kirchengemeinden in Dortmund, Lünen und Selm soll Ende November über die Zukunft des Seeferi- enheims entscheiden. Der Be- schlussvorschlag der Kirchen- leitung liegt noch nicht auf dem Tisch. Aber die Richtung lässt sich bereits erahnen: Um ein Haus zu retten, sollen drei Gebäude des Gesamtkomple- xes aufgegeben und verkauft werden. Mit dem Erlös soll dann die Sanierung des ver- bleibenden Hauses finanziert werden, das künftig ohne Per- sonal und Vollverpflegung als Domizil für Freizeiten mit 60 bis 80 Betten oder als Appar- tement-Haus betrieben wer- den soll.

Auf Basis einer Machbar- keitsstudie für diese „kleine

Lösung“ hat der Kreissynodal- vorstand – ein gewähltes Gre- rum, das zwischen den Syno- den die Alltagsgeschäfte des Kirchenkreises führt – bereits im Juli ein bautechnisches Gutachten und einen Archi- tektenentwurf für den Umbau des Dellerthauses in Auftrag gegeben. Zugleich sollen der Wert der übrigen Flächen er- mittelt und ihre mögliche Vermarktung geprüft werden.

Über mangelnde Informati- on, einem Vorwurf, dem sich die Kirchenleitung im Som- mer ausgesetzt sah, können sich die Synoden inzwischen nicht mehr beklagen. In mehreren Schreiben hat die Kirchenleitung in den letzten Monaten die Hintergründe und das Verfahren zum Um- gang mit dem Seeferienheim dargelegt – bis hin zu einer Chronik, die bis ins Jahr 1997 zurückreicht. Denn schon da- mals machte man sich ange- sichts einbrechender Kirchen- steuer-Einnahmen Gedanken über Einsparungen.

Weitreichende Konsequen- zen hatte die 2006 getroffene Entscheidung der Evangelischen Kirche, dass das Seeferienheim wie andere kirchli- che Einrichtungen angesichts akuter Finanznot wirtschaf- tlich geführt werden muss – also keine Unterstützung aus Kirchensteuer-Mitteln mehr bekommt. Die Folge: Es wur- de kaum noch Geld in die In- standhaltung gesteckt und auch keine finanzielle Rück-